Dr. Victor Friese, Gerichtsassessor in Berlin, Das Strafrecht des Sachsenspiegels. Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte herausgegeben von Dr. Otto Gierke, Professor der Rechte an der Universität Berlin. 55. Heft. Breslau, M. & H. Marcus, 1898. XIII u. 296 SS.

Der Verf. hat sich die Aufgabe gestellt, das im Ssp. enthaltene strafrechtliche Material zu sammeln und systematisch zu ordnen. An sich wäre wohl eine weiter ausgreifende Bearbeitung des sächsischen Strafrechts oder wenigstens des Strafrechts des Ssp. zu wünschen gewesen. Da aber die Herausgabe der Magdeburger Schöffensprüche unter Mitwirkung Frieses geplant ist, so mag ein vorläufiges Zuwarten allenfalls gebilligt werden.

Friese ist seiner Aufgabe durchweg mit anerkennenswerthem Fleiss und Geschick nachgekommen. Sein Buch ist in das System von Brunners Darstellung des fränkischen Strafrechts hineingearbeitet und bietet eine Reihe von brauchbaren Resultaten, welche ältere Ansichten berichtigen. So scheint mir namentlich die Vertretung der Brunner'schen Theorie von der Haftung für den Erfolg als den greifbaren Ausdruck schuldhaften Willens auch für den Ssp. vollauf berechtigt. Ebenso der Widerspruch gegen Plancks Vermuthung, dass der Herr, der seinen angeklagten Knecht nicht herausgeschworen habe, verpflichtet gewesen sei ihn zu derelinquiren (S. 58 ff.). Ich stimme auch vollständig bei, wenn Fr. S. 61 das „Unterwinden des vom Eigenthümer ausgeschlagenen“ verbrecherischen Thiers — gegen Hammer — als Occupation auffasst. S. 171 wird mit Recht der Halsschlag in Ssp. III 32 § 9 als Formalität des Sich-Unterwindens und nicht mit Planck als Strafe von Seite des Herrn erklärt, dem sich der Knecht unterwerfen wollte.

Nicht immer kann ich aber dem Verf. beitreten. Dass das Wort Missethat im Ssp. eine bestimmte Bedeutung hat, ergeben gerade die S. 29 Anm. 1 angeführten Stellen. Schief ist ferner die Bemerkung (S. 44), dass die Schwere des Uebels im Allgemeinen nicht mehr für den Grad der Missethat maßgebend sei. Aus den Frieese'schen Ausführungen geht das Gegentheil hervor. Auch möchte ich nicht behaupten, dass der Ssp. keine Anstiftung kennt (S. 85 ff.). Ssp. II 72 § 4 und III 78 § 9 sprechen für die Strafbarkeit der Anstiftung und der Umstand, dass der Knecht selbst als Delinquent anerkannt ist, lässt eben den das Delict befehlenden Herrn als Anstifter erscheinen. Vgl. auch den Verräther Ssp. II 13 § 4 (dazu Friese S. 152 f.). Dieser ist wohl begrifflich anzuschliessen an den forresni der Lex Frisionum 2. Zuzugeben wäre höchstens, dass der Ssp. es zu keiner allgemeinen Theorie der Anstiftung gebracht hat.

In der Lehre von der Verbrechensconcurrentz hätte der Verf. meine Untersuchung über die Verbrechensconcurrentz in den Volksrechten benützen sollen, umsomehr als diese gelegentlich auch den Ssp. herangezogen hat. Friese hätte dann mehr die Frage nach der Verbrechenseinheit und Verbrechensmehrheit herausgearbeitet, die Bedeutung des

einzelnen Strafmittels für die Frage nach der Behandlung der Verbrechensconcurrentz gewürdigt u. s. w. Befremdend ist es, dass (S. 102) der erste Satz von Ssp. II 16 § 7: Die wile die man nicht ne stirft, so dicke man ine lemet in ener dat, man beteret eme mit eneme halven weregelde — unter realer Verbrechensconcurrentz behandelt wird.

Unrichtig wird S. 173 behauptet, dass in Ssp. III 48, § 2 „neben der Busse noch Wergeld zu zahlen ist“. Sve aver dodedet oder belemet en ve... he sal it gelden mit vulleme wergelde unde mit bute — heisst: Tödtung soll mit Wergeld, Lähmung mit Busse vergolten werden.

Widersprechen muss ich der Charakterisirung des Wergeldes (S. 174 ff.): es sei ebenso noch wie in der fränkischen Zeit auch im Ssp. Strafe und Ersatzgeld zugleich. Juristisch ist das Wergeld ebenso wie in der fränkischen Periode auch im Ssp. reine Busse. Vgl. meine Darlegung a. O. S. 151 f. Anm. 1, 190 ff. besonders Anm. 24, 201 ff., namentlich 216 ff. und eigentlich auch die Detailausführungen bei Friese selbst, S. 174 ff. und 194.

Einseitig ist die Charakterisirung des fredus als Preis für das Eingreifen der öffentlichen Gewalt (S. 196 f.). Friese wiederholt hier einfach die Worte Brunners RG. I 165. Diese beziehen sich aber nur auf die germanische Zeit. Für die fränkische Periode erklärt Brunner II 621 den fredus als „Strafsumme, die wegen Verletzung der Rechtsordnung an die öffentliche Gewalt zu zahlen ist“.¹) Als pars multae ist das Friedensgeld schon von vornherein juristisch eine Busse. Näheres habe ich a. O. S. 97 ff. ausgeführt. Auch das Gewette ist eine Busse; so auch Friese S. 197 ff. Concreter ausgedrückt ist es die Injurienbusse für den Friedensbewahrer; vgl. Brünner Schöffenbuch S. 272: in tali casu civitas plus habet quam iudex, quia maior fit verecundia civitati in excessibus forensibus quam iudici.

Auch die Lehre von der Fehde und ihrem Verhältniss zur Friedlosigkeit könnte energischer herausgearbeitet sein.

Bisweilen macht ein modern-doctrinärer Zug die Ausführungen weitschweifig. Der principiellen Stellungnahme gegen jede Selbsthilfe in einem geordneten Staate (S. 2) muss ich entschieden entgegenreten. Trotz der ungeheueren Macht des modernen Staates ist thatsächlich in einer Reihe von Fällen Selbsthilfe gestattet, und es wäre auch mehr als traurig und unerträglich, wenn dem nicht so wäre.

Prag.

Hans Schreuer.

Dr. iur. Hermann Luppe, Das Kieler Varbuch 1465—1546. (Mittheilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, XVII. Heft). Kiel, A. F. Jensen 1899. 127 SS.

Auf der Kieler Universitätsbibliothek befindet sich eine niederdeutsche Pergamenthandschrift in Octavformat, nicht ganz vollständig, mit Eintragungen aus den Jahren 1465—88 und 1515—46. Die fehlenden

¹) Das scheint aber Friese S. 201 nicht zu acceptiren.